

## Niederschrift

**über die Sitzung am Montag, 10.09.2007  
im Kreishaus Borken,  
Kreisausschuss-Sitzungssaal (Raum 2181)**

**Anwesend:**

**Vorsitz:**

Hermann Horstick                                      Gescher

**Mitglieder:**

Hubert Bestert	Südlohn	
Dietmar Eisele	Ahaus	
Markus Jasper	Heek	
Wolfgang Kramer	Gescher	
Paul Lensing	Borken	
Elisabeth Lindenhahn	Raesfeld	
Klaus Meyermann	Bocholt	Vertretung für Friedhelm Weikamp
Josef Osterhues	Ahaus	
Bernd Schlipsing	Vreden	
Markus Schulte	Gronau	
Gertrud Söbbing-Krumkamp	Ahaus	
Silke Sommers	Bocholt	Vertretung für Hartmut Ahold
Gerhard Temminghoff	Vreden	
Ludger Twents	Rhede	Vertretung für Franz-Josef Lütkenhorst
Peter Wiegel	Bocholt	Vertretung für Winfried Semmelmann

**Gäste:**

Karlheinz Busen	Gronau	
Dr.-Ing. Jakob Breer	Infa	TOP 2
Dr.-Ing. Eberhard Christ	Regionalverkehr Münsterland GmbH (RVM)	TOP 3
Klaus Matthies	Regionalverkehr Münsterland GmbH (RVM)	TOP 3

**Es fehlt:**

Wilhelm Kröger                                      Gronau

**Vertreter/innen der Verwaltung:**

Hubert Grothues  
Dr. Hermann Paßlick  
Peter Sonntag  
Ludger Stienen  
Martina Henke  
Birgit Schwering  
Olaf Sobek

## **Erledigung der Tagesordnung:**

Vorsitzender Horstick eröffnet um 15:00 Uhr die Sitzung und begrüßt die Erschienenen. Er stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde, die Ausschuss-Mitglieder beide Nachsendungen zur Einladung erhalten haben und der Ausschuss beschlussfähig ist. Einwendungen gegen die Tagesordnung sowie die Niederschrift der letzten Sitzung werden nicht erhoben.

Vorsitzender Horstick erklärt, dass das ordentliche Mitglied der FDP-Fraktion, Herr Willi Kröger, verhindert sei. Für die FDP sei Herr Karl-Heinz Busen erschienen, der zwar Mitglied des Kreistages sei, jedoch kein Stimmrecht im Ausschuss für Verkehr und Bauwesen habe. Zum Zwecke einer umfassenden Meinungsbildung im Ausschuss bittet Vorsitzender Horstick die anwesenden Mitglieder, Herrn Busen ein Rederecht für die Sitzung einzuräumen. Dies wird einhellig befürwortet.

## **A. Öffentlicher Teil**

### **Punkt 1:           2. Controllingbericht 2007 Vorlage: 0157/2007**

---

Berichterstatter:           Ludger Stienen, Karl-Peter Theis, Richard Riedel, Peter Sonntag

Herr Stienen weist darauf hin, dass der Kreis Borken für durchgeführte Verkehrssicherheitsaktionen überraschend eine Landeszuweisung in Höhe von 50.000 Euro erhalte. Im vergangenen Jahr seien die Landeszuwendungen zunächst gestrichen worden, so dass auch im Haushalt des Kreises Borken kein Einnahmeansatz gebildet worden sei. Nun lägen zwei Bewilligungsbescheide vor. Die Gelder würden u. a. für die Anschaffung von neuen Fahrrädern für die Jugendverkehrsschulen verwendet. Erfreulich sei, dass die Verkehrserziehungsarbeit im Kreis Borken auf diese Weise honoriert werde. Nach aktuellen Informationen werde für die Verlustabdeckung der Regionalverkehr Münsterland GmbH (RVM) wohl kein Kostenanteil des Kreises Borken anfallen. Hierauf werde Herr Dr. Christ von der RVM in seinem Bericht unter Tagesordnungspunkt 3 näher eingehen.

Auf die Frage von Frau Lindenhahn erläutert Herr Stienen, dass der Anstieg der Fallzahlen in der Zulassungsstelle unter anderem auf die gesetzliche Neuregelung über die steuerliche Behandlung von Fahrzeugen mit Rußpartikelfiltern zurückzuführen sei. Die steuerlichen Vergünstigungen könnten nur dann in Anspruch genommen werden, wenn der Einbau des Rußpartikelfilters in die Fahrzeugpapiere eingetragen sei. Die vermehrte Ausstellung von Kurzzeitkennzeichen sei damit zu erklären, dass bei der Ausfuhr von Fahrzeugen nicht mehr in allen Ländern ein internationales Kennzeichen notwendig sei. In diesen Fällen könne dann von einem kostengünstigeren Kurzzeitkennzeichen Gebrauch gemacht werden.

Frau Lindenhahn möchte des Weiteren wissen, inwieweit die Verwaltung den Weiterbau der B 67n von Rhede Richtung Borken unterstütze. Herr Sonntag führt aus, es gebe bei den Schnittpunkten von Bundesstraße und Kreisstraßen gemeinsame Ausschreibungen mit dem Landesbetrieb Straßen NRW; darüber hinaus werde der Hellbohm-Durchlass in Borken vom Kreisbetrieb Borken bautechnisch begleitet.

**Beschluss:**                           einstimmig

Der Ausschuss für Verkehr und Bauwesen nimmt die Ergebnisse des 2. Controllingberichtes zum 31.07.2007 für die Budgets 07 – Verkehr, 08 – Planen, Bauen, Wohnen, 09 – Vermessung und Kataster und 12 – Straßen, Gebäude und Grünflächen sowie den Bericht über die Umsetzung der mittelfristigen Ziele und Maßnahmen zur Kenntnis.

**Punkt 2: Errichtung eines interkommunalen Bauhofes in Nordvelen**  
**Vorlage: 0176/2007**

---

Berichtersteller: Ltd. Kreisbaudirektor Hubert Grothues

Herr Grothues fasst die in der Vorlage beschriebenen jüngsten Entwicklungen zusammen. Nach dem Ausstieg der Stadt Stadtlohn und der Gemeinde Velen aus den Planungen sei in der letzten Kreistagssitzung beschlossen worden, die Wirtschaftlichkeit einer Zweierlösung weiter zu prüfen. Um für die Diskussion die von der Politik geforderten Zahlen über kurz- bis mittelfristige Einsparpotenziale zu erhalten, sei nun ein Gutachten über potenzielle Synergieeffekte bei einem interkommunalen Bauhof mit der Stadt Gescher vom INFA-Institut erstellt worden. Herr Dr.-Ing. Breer werde das Gutachten erläutern und stehe dem Ausschuss für Rückfragen zur Verfügung.

Dr.-Ing. Breer vom Institut für Abfall, Abwasser und Infrastruktur-Management (INFA) stellt anhand eines Power-Point-Vortrages, dessen Folien als Anlage 1 zur Niederschrift beigelegt sind, die wichtigsten Punkte des Gutachtens dar. Er führt aus, dass sein Institut aufgrund der Kürze des Auftragszeitraumes nur drei Bereiche analysiert habe, in denen mit den signifikantesten Einsparungen zu rechnen sei; weitere Synergieeffekte seien aber mittelfristig zu erwarten.

Nach dem Vortrag erkundigt sich Herr Schulte, ob die beim Kreisbauhof übliche 4er/5er-Regelung der Wochenarbeitszeit (1. Woche Montag bis Freitag, 2. Woche Montag bis Donnerstag, 3. Woche Montag bis Freitag usw.) auch unter einer gemeinsamen Bauhofleitung fortgeführt werde und die Mitarbeiter der Stadt Gescher andere Arbeitszeiten behielten oder sich die Arbeitszeiten aller Beschäftigten angleichen würden. Herr Breer entgegnet, dass im Falle der Zusammenlegung beider Bauhöfe unter gemeinsamer Führung die Arbeitszeitmodelle geprüft werden müssten. Doch schon jetzt seien auf dem Kreisbauhof je nach Aufgabenbereich unterschiedliche Arbeitszeiten erforderlich, etwa der Schichtdienst in der Mähseason.

Herr Schulte möchte darüber hinaus wissen, ob die Fahrzeuge der Stadt Gescher überhaupt zu 100% einsetzbar seien, da der Gescheraner Fuhrpark im Vergleich zum Kreisbauhof veraltet sei. Herr Eisele fragt ergänzend, welche Investitionen in den nächsten Jahren auf den Kreis Borken zukämen, weil vermutlich einige Altfahrzeuge der Stadt Gescher ausgesondert werden müssten. Herr Grothues erläutert, dass die Fahrzeugnutzung zwischen dem Kreis und der Stadt Gescher nach Einsatzzeiten abgerechnet werde. Sofern durch vermehrte Nutzung der Fahrzeuge des Kreisbetriebs einige Gescheraner Altfahrzeuge ausgemustert werden könnten, profitierten beide Seiten, die Stadt Gescher durch unterlassene Fahrzeuginvestitionen und der Kreis Borken durch Kostenerstattungen für seine besser ausgelasteten Fahrzeuge und Geräte. Herr Breer fügt hinzu, beide Kooperationspartner müssten sich über gemeinsame Spielregeln bei der Fahrzeugnutzung und deren Abrechnung einigen. Zweifellos seien auf Seiten der Stadt Gescher einige Fahrzeuge aufgrund ihres Alters und Zustandes nicht mehr lange nutzbar, doch ließen sich gerade hier durch einen reduzierten gemeinsamen Fahrzeug- und Gerätepark sehr schnell Einsparungen auf beiden Seiten realisieren.

Frau Söbbing-Krumkamp bittet um Erläuterung des Begriffs „Abgestimmter Winterdienst“, da jeder Bauhof im Fall von Straßenglätte doch im Einsatz sein müsse und nicht der städtische Winterdienst den des Kreises übernehmen könne oder umgekehrt. Herr Breer betont, dass

bereits jetzt bei der Erstellung der Winterdienstpläne zwischen den Straßenbaulasträgern Streckenbereiche getauscht würden, wenn diese im Streckenplan eines Winterdienstfahrzeuges effizient miterledigt werden könnten. Eine gemeinsame Bauhofleitung und abgestimmte Winterdienstplanung könnten diese Effekte noch verstärken.

Die Herren Jasper und Busen geben zu Bedenken, dass sie den für die Berechnung der Einsparungen angenommenen Stundenverrechnungssatz in Höhe von rund 38 € für zu hoch halten. Herr Busen führt aus, dass auch die errechnete Zeitersparnis bei den Fahrzeiten der Verkehrswegebewirtschaftung von rund 7,7 Minuten pro Arbeitstag ein eher theoretischer Betrachtungsansatz sei. Bei hochtechnisierten, präzisen Maschinen könne eine derartige Zeitersparnis vielleicht ermittelt werden, bei Fahrtzeiten im Straßenverkehr sei dies aber reine Theorie. Herr Breer erklärt, dass die errechnete Einsparung bei der Verkehrswegebewirtschaftung durch kürzere Anfahrtswege nicht zur Folge habe, dass der Kreis nun rund 20.000 € mehr Geld in der Hand habe. Durch verringerte Fahrtzeiten könnten mehr produktive Einsatzstunden geleistet werden, was zu einer Effizienzsteigerung der Leistungserbringung führe. Der Stundenverrechnungssatz in Höhe von 38,45 € beinhalte nicht nur die reinen Personalkosten eines Straßenwärters, sondern auch den sogenannten Overhead, die anteiligen Kosten für die Verwaltung. Herr Sonntag erklärt ergänzend, dass durch die Zusammenlegung beider Bauhöfe auf längere Sicht eine personelle Einsparung auf der mittleren Leitungsebene realisiert werden könne; hier lägen die Personalkosten deutlich über den Stundensätzen eines Straßenwärters.

Herr Eisele zieht ein Resümee für seine Fraktion BÜNDNIS 90/Die Grünen. Er erklärt, in seiner Partei habe man intensiv über das Thema diskutiert. Er sehe durchaus noch Unwägbarkeiten bei der Zusammenführung der Bauhöfe, doch sei für ihn entscheidend, dass ein monetär positiver Effekt erzielt werde. Auch müsse man die Gesamtsituation betrachten. Der Umzug des Kreisbauhofes von Borken nach Gescher ermögliche es dem Deutschen Roten Kreuz endlich, die vielen Außenstellen zu einem zentralen Standort in Borken zusammenzuführen, dies werde von seiner Fraktion ausdrücklich begrüßt; daher stimme er für die Errichtung des interkommunalen Bauhofes.

Frau Lindenhahn stellt die Auffassung der SPD-Fraktion dar. Sie sehe weiterhin keine Notwendigkeit, den gut funktionierenden Kreisbauhof in Borken aufzugeben und somit Steuergelder für ein Projekt zu verschwenden, das nicht nötig sei. Die bisherigen Kooperationen mit der Stadt Gescher ließen sich auch ohne einen Neubau fortsetzen. Zudem sei ihr Vertrauen in die Verwaltung erschüttert worden, weil das INFA-Institut ohne Auftrag der Politik eingeschaltet worden sei. Sie bitte um Mitteilung, wie hoch das Honorar für das Gutachten ausgefallen sei. Herr Grothues erwidert, er werde die Honorarhöhe im nichtöffentlichen Teil der Sitzung bekannt geben.

Herr Lensing erklärt, dass die CDU-Fraktion erst am morgigen Tag zusammenkomme und dann Gelegenheit habe, sich über das INFA-Gutachten eine gemeinsame Meinung zu bilden. Er halte es für sinnvoll, wenn nicht nur die im Ausschuss für Verkehr und Bauwesen vertretenen Mitglieder der CDU-Fraktion über die Errichtung des interkommunalen Bauhofes entschieden, sondern alle Fraktionsmitglieder bei der Meinungsbildung mitgenommen würden. Er beantrage daher, die Entscheidung über die Bauhofvorlage in den Kreisausschuss zu vertagen. Darüber herrscht im Ausschuss für Verkehr und Bauwesen Einvernehmen.

**Punkt 3: Stand der Restrukturierung bei der Regionalverkehr Münsterland GmbH (RVM)**  
**- Bericht des Geschäftsführers Dr.-Ing. Eberhard Christ**

---

Herr Dr. Christ erläutert anhand von Folien die Erfolge der Restrukturierung bei der Regionalverkehr Münsterland (RVM). Die Folien sind dem Protokoll als Anlage 2 beigefügt.

Auf die Frage von Herrn Busen erläutert Herr Dr. Christ, dass die Werbung an Bussen an eine Werbeagentur vergeben sei. Pro Jahr und Bus würden weniger als 1.000 Euro vereinbart.

Herr Lensing fragt, ob das Konzept der RVM weiter verfolgt werde, private Unternehmer mit der Erbringung von Verkehrsleistungen zu beauftragen. Herr Dr. Christ erläutert, dass die RVM die Standortvorteile privater Unternehmer nutze. Die Entscheidung für die Beauftragung von Dritten werde unter betriebswirtschaftlichen Aspekten getroffen. Herr Dr. Paßlick ergänzt, die Entscheidung gegen eine Privatisierung der RVM sei u. a. damit begründet worden, dass mittelständige Verkehrsunternehmen zerschlagen werden könnten und Arbeitsplätze verloren gingen.

Herr Eisele erkundigt sich nach dem Zuwendungsverfahren im Schülerverkehr. Herr Dr. Christ befürchtet, dass durch die Einflussnahme der Ballungsgebiete die Zuwendungsverteilung zu deren Gunsten verschoben werden könnten. Die Ballungsgebiete favorisierten z. B. einen Einwohnerschlüssel für die Verteilung der Mittel nach § 45 a BPfG. Bei der Verteilung der Finanzmittel sei zu beachten, dass in Gebieten mit vielen Schülern und wohnortnahen Schulstandorten oft wenig bis gar kein Schülerverkehr stattfindet. Beispielsweise erhalte die Stadt Münster erheblich weniger Mittel nach § 45 a BPfG als der Kreis Borken. Hintergrund sei, dass Schüler in Münster die Schule in der Regel zu Fuß oder mit dem Fahrrad erreichen könnten. Sachgerecht sei aus diesem Grund bei der Verteilung der Finanzmittel für den Schülerverkehr eher ein Flächenschlüssel. Hingegen sei bei einer Veränderung der Zuschussgewährung in der Fahrzeugförderung eine Verteilung nach einem Einwohnerschlüssel zielführend. Würde aber die Pauschalierung aus der Fahrzeugförderung auf die § 45 a-Mittel übertragen, würden sich Ungleichgewichte ergeben. Die niedrigere Finanzausstattung hätte dann erhebliche Auswirkungen auf das Angebot.

Herr Dr. Christ erläutert auf die Nachfrage von Vorsitzendem Horstick, dass durch die Kreis-trennungsrechnung nunmehr fünf Abschlüsse erstellt werden müssten – gegenüber einem Abschluss nach dem alten Abrechnungssystem. Die Kreise könnten Anpassungen fordern, die dann in ein einheitliches System umgesetzt würden. Die Unterschiede in der Altersstruktur der Mitarbeiter und den daraus resultierenden Unterschieden in der Besoldungshöhe nivellierten sich mittelfristig. Insofern seien keine großen Unterschiede zum bisherigen System feststellbar. Der Kreis Coesfeld sei benachteiligt, da dieser keine Regionalisierungsmittel erhalte, aber zwei schienenrelevante Verbindungen durch den Straßen-ÖPNV abdecken müsse.

Herr Dr. Paßlick schlägt nach einem Einwand von Frau Lindenhahn vor, weitere Fragen zu sammeln und in der nächsten Sitzung zu beantworten.

**Punkt 4: Organisation des Zweckverbandes SPNV für Westfalen**  
**Vorlage: 0169/2007**

---

Berichtersteller: Dr. Hermann Paßlick

Herr Dr. Paßlick erläutert die Novellierung des ÖPNV-Gesetzes. Danach seien für Nordrhein-Westfalen drei SPNV-Aufgabenträgerorganisationen vorgesehen. Bei der Ausgestaltung ihrer Organisation seien die neuen Dachzweckverbände weitestgehend frei. Der in der Sitzungsvorlage vorgelegte Entwurf der Satzung für den neuen Zweckverband „Nahverkehr Westfalen“ berücksichtige die wirtschaftliche Eigenverantwortung der fünf Teilräume sowie die dezentrale Aufgabenwahrnehmung. Im Rahmen der gesetzlich vorgesehenen Übergangsregelung verblieben die geschlossenen Verkehrsverträge bis Ende 2010 bei den heutigen Zweckverbänden. In die Dach-Zweckverbandsversammlung sollten 45 Vertreter entsandt werden. Vorgesehen sei, dass der Dachzweckverband in einem rotierenden System von den Verbandsvorstehern geführt würde. Danach wechsele alle drei Jahre die Geschäftsführung in der Reihenfolge der Größe der regionalen Zweckverbände. Die Satzungsregelung habe das Ziel, dass die Aufgabenerfüllung weiterhin dezentral erfolgen könne. Eine neue Aufgabe sei die Investitionsförderung, die bisher von den Bezirksregierungen wahrgenommen worden sei. Bis zu sechs Mitarbeiter der Bezirksregierung würden im Rahmen dieses Aufgabenübergangs in die Organisation des Zweckverbandes übernommen. Im Bereich der Finanzierung würden die Mittelzuweisungen des Landes bis 2010 an die Mitgliedsverbände weitergeleitet. Danach übernehme der Dachzweckverband die Bewirtschaftung. Intern sei vereinbart worden, auch nach 2011 Teilraumergebnisrechnungen zu erstellen. Auf diese Weise behalte jeder Zweckverband einen Gestaltungsspielraum für die in seinem Gebiet zu realisierenden Maßnahmen. Mit dem vorgelegten Konzept sei der gesetzgeberische Wille der Zentralisierung nicht unbedingt erfüllt worden. Es bestehe aber Einigkeit, dass die positiven Effekte der dezentralen Aufgabenwahrnehmung beibehalten werden sollten. Unter Berücksichtigung der flächenmäßigen Ausdehnung des Gebietes des Dachzweckverbandes sei die Entscheidung richtig. Der Dachzweckverband müsse zwingend zum 31.12.2007 gegründet sein, so dass im nächsten Schritt die Vorabstimmung mit dem Land bezüglich der Genehmigung der Satzung und der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung erfolge.

Vorsitzender Horstick schlägt vor, Diskussion und Beschlussfassung über die zukünftige Organisation des Zweckverbandes SPNV für Westfalen bis zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Verkehr und Bauwesen am 23.10.2007 zu vertagen. Gleichzeitig solle dann auch über die Anpassung der Satzung des münsterländischen Zweckverbandes beraten werden. Hierüber besteht Einvernehmen unter den Ausschussmitgliedern

**Punkt 5: Anpassung der Angebotsqualität auf RegioBus-Linien**  
**Vorlage: 0172/2007**

---

Berichtersteller: Ludger Stienen

Frau Henke erläutert, mit den vorgeschlagenen Maßnahmen solle ein vollständiges und attraktives Netz von Linien geschaffen werden, das verlässlich und für möglichst viele Bürgerinnen und Bürger Fahrtmöglichkeiten biete. Voraussetzung für eine gute Vermarktung sei die konsequente Umsetzung gleicher Standards für alle Linien. Anhand einer Folie, die dem Protokoll als Anlage 3 beigelegt ist, erläutert Frau Henke im Einzelnen die geplanten Maßnahmen auf den Linien 721 (Borken – Raesfeld), 751 (Bocholt – Borken – Velen – Gescher –

Coesfeld) und 61 (Bocholt – Isselburg – Reees – Millingen). Die RegioBus- Linien der RVM erfüllten bereits den vereinbarten Standard.

Vorsitzender Horstick begrüßt das vorgelegte Konzept, das sowohl an die Bedürfnisse des Berufs- und Einkaufs- als auch des Freizeitverkehrs angepasst sei.

Herr Temminghoff bewertet positiv, dass sich die Kostensteigerungen in einem vertretbaren Rahmen bewegen.

Frau Lindenhahn weist darauf hin, dass mit der verbesserten Vertaktung potentielle Kunden besser angesprochen werden könnten. Das vorgelegte Konzept sei in sich schlüssig.

**Beschluss:** einstimmig

Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit den Verkehrsunternehmen die Standards auf den RegioBus-Linien – wie in der Sachdarstellung beschrieben – für den Fahrplan 2008 anzupassen.

**Punkt 6: Fietsenbusse und Freizeitbus im Kreis Borken**  
**Vorlage: 0170/2007**

---

Berichterstatte: Ludger Stienen

Herr Stienen erläutert das Konzept von Fietsenbussen und Freizeitbus im Kreis Borken anhand von Folien, die dem Protokoll als Anlage 4 beigefügt sind.

Frau Lindenhahn und Herr Twents signalisieren die Zustimmung ihrer Fraktionen. Herr Twents sieht Verbesserungspotentiale in der Kooperation mit anderen Kreisen.

Herr Lensing schließt sich für die CDU-Fraktion an, hält eine Optimierung im Bereich der Schienenanbindung für möglich.

Auf die Frage von Frau Söbbing-Krumkamp erläutert Herr Stienen, dass eine private Buchung der Fahrradanhänger über das Verkehrsunternehmen möglich sei.

**Beschluss:** einstimmig

Die Verwaltung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit den konzessionierten Verkehrsunternehmen im Kreis Borken RVM und WB, das Angebot der Fietsen- und Freizeitbusse im Kreis Borken entsprechend dem vorgelegten Konzept zu erweitern.

---

**Punkt 7: Fahrkartenverkauf für Bus und Bahn durch die Kommunen**  
**Vorlage: 0171/2007**

---

Berichterstatter: Ludger Stienen

Herr Stienen führt aus, dass die in der Sitzungsvorlage vorgeschlagene Lösung kostengünstiger sei als das Angebot des Zweckverbandes SPNV Münsterland an die Gemeinde Heiden. Der Vorschlag der RVM sehe jährliche Kosten in Höhe von rd. 1.000 Euro vor. Je nach Umsatz könnte die Gemeinde teilweise oder ganz von den Kosten freigestellt werden. Diese Rahmenbedingungen würden allen Kommunen mitgeteilt.

Frau Lindenhahn erwartet eine gute Resonanz auf das Projekt und wünscht sich ein Feedback im nächsten Jahr.

**Beschluss:** einstimmig

Die RVM wird beauftragt, den Kommunen im Kreis, auf deren Gebiet bisher kein persönlicher Fahrkarten-Verkauf (z.B. über DB-Agentur oder über eigene StadtBus-Gesellschaft) möglich ist, eine Verkaufsmöglichkeit im Bürgerbüro anzubieten.

---

**Punkt 8: BYPAD-Schlussbericht**  
**Vorlage: 0173/2007**

---

Berichterstatter: Ludger Stienen

Herr Stienen erläutert, dass zunächst konkrete Maßnahmen aus dem BYPAD-Schlussbericht erarbeitet werden müssten. Die Sitzung der Arbeitsgruppe Verkehrssicherheit habe gezeigt, dass als erstes Strukturen aufgebaut werden müssten. Vorgeschlagen werde ein Forum, das Maßnahmen vorbereite. Der Ausschuss für Verkehr und Bauwesen bleibe entscheidungsverantwortlich. Die kreisangehörigen Städte und Gemeinden sollten motiviert werden, sich in den Entwicklungsprozess einzubringen. Sein Vorschlag sei, aus zeitlichen Gründen und wegen der Bedeutung des Themas Diskussion und Beschlussfassung bis zur Sitzung des Ausschusses für Verkehr und Bauwesen am 23.10.2007 zu vertagen. Hierüber besteht Einverständnis.

---

**Punkt 9: Mitteilungen der Verwaltung**

---

- Herr Dr. Paßlick berichtet, die Schwierigkeiten auf der Regionalbahnstrecke Coesfeld – Dorsten seien ausgeräumt. Der Abzug von Schrankenwärtern sei als Verstoß gegen den fairen Netzzugang gerügt worden. Die Absicht des VRR, die Strecke stillzulegen, sei ebenfalls abgewiesen worden. Eine Stilllegung der Strecke sei auf Basis der geltenden Verträge nicht möglich. Die Kürzung der Angebote könne nur nach Verhandlungen mit den Aufgabenträgern erfolgen.



- Herr Stienen berichtet über die von der RVM angebotene Busschule. Schülerinnen und Schüler der 4. Klasse, die im kommenden Schuljahr auf eine weiterführende Schule wechselten, würden in theoretischen und praktischen Übungen über die Besonderheiten und Gefahren beim Busfahren informiert. Hierzu würden eine ausgebildete Pädagogin und ein Busfahrer die Schulen besuchen. Die Abrechnung erfolge über die Kreisergebnisrechnung. Die Pädagogin werde auf 400 Euro-Basis beschäftigt. Die Kreise Coesfeld und Steinfurt hätten bereits positive Erfahrungen mit der Busschule gemacht.
- Vorsitzender Horstick berichtet über die Unfalldemonstration auf dem Verkehrssicherheitstrainingsplatz in Gescher. Die Demonstration der Unfallsituationen sei überzeugend und wirkungsvoll gewesen. Auch die Berichterstattung in der Presse sorge für eine nachhaltige Wirkung bei den Jugendlichen. Er hoffe, dass diese ihr Fahrverhalten entsprechend anpassen.

### **Punkt 10: Anfragen**

---

Frau Lindenhahn erkundigt sich nach dem Stand des Radwegebau an der K 11 in Heiden. Ihres Wissens habe die Maßnahme im Jahr 2002 auf Platz 2 der Prioritätenliste gestanden. Herr Sonntag erläutert, dass der Radweg in der ursprünglichen Prioritätenliste nicht enthalten gewesen sei, da es sich bei der K 11 um eine erst später zur Kreisstraße umgewidmete Landesstraße handele. In der Fortschreibung sei der Radweg dann entsprechend positiv gewertet worden. Nahezu zeitgleich sei der kommunalfinanzierte Radwegebau aus finanziellen Gründen eingestellt worden. Inzwischen habe sich die Situation aber wieder verbessert, so dass die Maßnahme in Abstimmung mit der Gemeinde Heiden weiter geplant werde.

Vorsitzender Horstick schließt die Sitzung um 17:45 Uhr.

---

Hermann Horstick  
Vorsitzender

---

Birgit Schwing      Olaf Sobek  
Schriftführer